

## **Regierungspräsidentin Bärbel Schäfer zu Besuch in Vöhrenbach**

**Vöhrenbach:** Über den Besuch von Regierungspräsidentin Bärbel Schäfer konnte sich die Stadt Vöhrenbach freuen. Mit dabei waren auch Martina Braun MdL, sowie Karl Rombach MdL. Treffpunkt am 2. Oktober 2020 war an der Linachtalsperre, wo sich die Regierungspräsidentin vor Ort ein Bild von Staumauer und Wasserstand im See machen konnte. Hintergrund war u.a. das Sturmtief „Sabine“, das in diesem Frühjahr durch umgestürzte Bäume und Stromausfall hohe Schäden verursacht hatte, sowie das Anliegen von Stadt und einem Stromerzeugungsunternehmen, die Zusage für eine jährliche Absenkung des Wasserspiegels der Talsperre in der kalten Jahreszeit zu erreichen, um mehr regenerativen Strom erzeugen zu können.

Anschließend ging es in die Festhalle. Nach einem kurzen Blick auf das alte und das neuere Schulgebäude wurde das Gespräch fortgesetzt. Schnell wurden im Gespräch mit Bürgermeister Robert Strumberger die derzeit wichtigen Themen der Stadt deutlich:

Zunächst informierte das Stadtoberhaupt über das kürzlich im Gemeinderat beschlossene Projekt Umbau eines ehemaligen Einrichtungshauses zum Mehrgenerationenhaus mit barrierefreien Miet- und Eigentumswohnungen, Grüngestaltung der bisherigen Hofflächen, neuen Flächen für ein Café oder Bistro sowie innovativer Energie- und Gebäudetechnik. Regierungspräsidentin Bärbel Schäfer freute sich mit über das zukunftsweisende Vorhaben und informierte über Fördermöglichkeiten.

Wie Bürgermeister Strumberger weiter mitteilte, steht die Sanierung der Krankenhausstraße, die im Sanierungsgebiet „Stadtkern III“ liegt, kurz vor dem Abschluss. Voll Lob informierte er, dass es bei einer Kostenschätzung in Höhe von ca. 2,5 Mio. Euro insgesamt für die Umgestaltung der Straße mit Seitenbereichen und Straßenbeleuchtung Zuschüsse in Höhe von 472.000 Euro aus Mitteln der Stadtsanierung und 250.000 Euro aus dem Ausgleichsstock gegeben habe. Die Kosten der neuen Abwasserleitungen wurden mit ca. 604.500 Euro bezuschusst. Bedauerlich sei es, dass die Neuverlegung von Wasserleitungen nicht gefördert werden konnte.

Ein weiteres Dankeschön für gute Zusammenarbeit und zugesagte Förderungen ging an die Regierungspräsidentin und die Mitarbeiter\*innen des Regierungspräsidiums Freiburg aus der Abteilung 7, „Schule und Bildung“. Im Hinblick auf die Sanierung der

Josef-Hebting-Schule (neueres Gebäude) würde sich die zugesagte Fachförderung hier auf 878.000 Euro belaufen. Dazu sind Mittel aus dem Ausgleichsstock in Höhe von 1.200.000 Euro zugesagt. Viel Geld bei einer Gesamtkostenschätzung des Projektes in Höhe von ca. 4,5 Mio. Euro. Der Bürgermeister teilte mit, dass der Sanierungsstart voraussichtlich noch im Winter 2020 erfolgen werde. Sanierungsabschluss sei für den Winter 2022 geplant. Er lobte die Förderprogramme, durch die auch kleineren Kommunen im ländlichen Raum eine Schulsanierung ermöglicht werde. Ohne Zuschüsse könnten sich gerade die Kleinen Projekte dieser Größenordnung nicht leisten. Der Gemeinderat habe sich mit der Entscheidung nicht leichtgetan und sich erst nach langen Diskussionen für das neuere Schulgebäude entschieden. Regierungspräsidentin Bärbel Schäfer lobte diese Entscheidung. Es sei sehr vorausschauend, sich für das neuere Schulgebäude zu entscheiden.

Als weiteres Projekt, das ohne die gute Zusammenarbeit mit dem Regierungspräsidium Freiburg, dem Landratsamt Schwarzwald-Baar-Kreis und den beteiligten Kommunen Furtwangen und Vöhrenbach unmöglich gewesen wäre, nennt der Bürgermeister die erstellte Verbundleitung Vöhrenbach – Furtwangen, die in bei Wasserknappheit die Wasserversorgung Vöhrenbachs unterstützen soll. Aufgrund guter Ausschreibungsergebnisse werde der geschätzte Kostenrahmen in Höhe von 750.000 € unterschritten. Die Stadt sei dankbar für die 80%-tige Bezuschussung des Projektes und die ausgesprochen gute und unkomplizierte Kooperation mit der Nachbarstadt Furtwangen und dem dortigen Gemeinderat.

Auch der Herzenswunsch der Uracher Bevölkerung, ein Radweg durch das Urachtal, wurde angesprochen. Wie Robert Strumberger erläuterte, sei es sinnvoll, im Vorfeld zu prüfen, ob die betroffenen Grundstückseigentümer überhaupt bereit wären, hieran mitzuwirken. Die Finanzierung sei aufgrund der derzeitigen Finanzsituation der Stadt fraglich. Denn aufgrund des neuen kommunalen Haushaltsrechts seien die Kommunen gezwungen, Prozesse abzubilden. Problematische seien die entstehenden Folgekosten. Da es zudem Aufgabe der Kommunen sei, die Wirtschaft wieder mit anzukurbeln, wäre es so gut wie sicher, dass eines Tages auch Vöhrenbach zu den ca. 80 % der Kommunen zählen würde, die ihre doppischen Haushalte nicht abbilden könnten. Karl Rombach erklärte dazu, dass das Thema Radwegebau ausführlich im Verkehrsausschuss diskutiert worden sei. Noch mehr Geld, wie durch die derzeitigen Förderprogramme im Radwege und Straßenbau könne nicht zur Verfügung gestellt werden. Auch Regierungspräsidentin Bärbel Schäfer ermutigte

dazu, das Thema „Radweg Urach“ auf Basis des aufgelegten Förderprogramms anzugehen. Sie verwies auf die Möglichkeit, hierzu einen Kooperationsvertrag mit dem Regierungspräsidium abzuschließen. Die Baulast liege dabei beim Land, soweit es sich um einen reinen Radweg entlang der Landesstraße handle. Zudem gebe es einen Verwaltungskostenzuschuss. Martina Braun, MdL, bedankte sich in dem Zusammenhang für die relativ kurze Zeitspanne, in der man sich des Anliegens „Radweg Urach“ bei der Stadt angenommen hätte. 12 Mrd. Euro Schulden habe das Land coronabedingt aufgenommen, um zahlreiche Hilfsprogramme zu starten. Die Herausforderung für Land und Kommunen werde nun sein, die kommenden Jahre finanziell zu überstehen.

In Zusammenhang mit dem Radweg erläuterte Robert Strumberger kurz das Anliegen aus Hammereisenbach nach einer Neugestaltung der Ortsdurchfahrt Richtung Donaueschingen.

Auch auf den „großen Wurf“ im Linachtal, in dem nach mehr als 10-jähriger Diskussion nun Wasser, Abwasser, Breitband und nach Möglichkeit auch Strom verlegt werden sollen, wies der Bürgermeister hin. Bei diesem interkommunalen Projekt würden allein bei der Stadt Vöhrenbach für die Abwasserdruckleitung ca. 1,08 Mio. Euro anfallen, für die Trinkwasserleitung ca. 585.00 Euro. Dabei handele es sich keineswegs um ein Luxusprojekt, sondern um ein Zukunftsprojekt, erklärte er. Jeweils eine 80%tige Förderung sei für Wasser und Abwasser beantragt worden. Für die Breitbandverlegung gebe es bisher eine Bewilligung seitens des Bundes mit einer 50%tigen Förderung.

Im Hinblick auf die schwierigen Zeiten für kommunale Haushalte versicherte die Regierungspräsidentin, „Wir haben es auf dem Schirm. Wir werden die Haushalte mit Augenmaß anschauen.“ Sie verwies auf anstehenden Gespräche mit dem Innenministerium.